

# SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:  
Hannover, Georgstr. 33

spd/II/62

Hannover, 5. August 1947  
Telefon: 20951/52

## Demontage der Demokratie

P.R. Vielleicht gehört es zu dem von Widersprüchen aller Art beherrschten Geist unserer Zeit, daß überall dort, wo von Aufbau die Rede ist, demontiert, d.h. abgebaut wird. Nicht allein Werke und Anlagen unterliegen diesem Schicksal in einem Gebiet, über dessen möglichst schnellen und wirksamen Aufbau sich die Sachverständigen den Kopf zerbrochen - es wird vor allem auch, man möchte fast sagen kunstvoll, an der Demontage der Demokratie gearbeitet. Die meisten Bestandteile des Begriffs sind schon fest verpackt. Übriggeblieben ist ein kümmerliches Gerüst, bei dessen Anblick eine wachsende Zahl von Bürgern sich fragt, ob es wohl Sinn habe, es überhaupt stehen zu lassen.

Was ist im einzelnen noch sichtbar? In Deutschland eine Reihe von Regierungen und Parlamenten, von "bizonalen" Einrichtungen und verwaltungswidrigen Hilfskonstruktionen, von Parteien und Gewerkschaften, deren Entscheidungen am Rande der politischen und wirtschaftlichen Wirklichkeit liegen. Dann der Schwarze Markt und die Korruption, Sondergerichte und die öffentliche Gefahr für eine politische Gesinnung sowie der Vorrang der Uniform vor dem zivilen Rock. Auf dem internationalen Felder das Primat des Machtanspruchs vor dem des Rechtstitels, die Duldung eines verabscheuungswürdigen Vergeltungsprinzips und die

letztinstanzliche zwingende Gewalt des militärischen Befehles. Niemand kann vernünftigerweise erwarten, daß solche Erscheinungen dem demokratischen Gedanken in Deutschland förderlich sind.

Natürlich wäre es sehr töricht, aus dieser, übrigens unvollständigen Aufzählung zu schließen, wir wollten etwa auf die Bestrafung schuldiger Nazis verzichten, die Anerkennung einer deutschen Wiedergutmachungsverpflichtung leugnen, wollten die ganz natürlichen Vorrechte der Besatzungsmacht bestreiten, die viel mehr die Folgen einer großen Schuld als einer großen Niederlage sind. Und es wäre ungerecht, nicht auch viele andere Dinge zu sehen; aufopferungsvolles Bemühen, trotz aller Schwierigkeiten den Weg aus der Niederung des heutigen Lebens herauszufinden und oft auch, bei diesem Bestreben, die ehrliche Hilfe auf Seiten der Besatzungsmächte oder die Möglichkeit zu einer deutschen Meinungsäußerung gegenüber der siegreichen Besatzungsmacht und einer kulturellen Entfaltung, wie sie so frei gegenüber der eigenen vergangenen Führung niemals auch nur entfernt bestand.

Aber das Übergewicht des Negativen jener undemokratischen Erscheinungen ist groß und der durch Hunger, vielfältige andere Not und zahllose unerfüllte Versprechen ermüdete und verbitterte Mensch sieht naturgemäß die Ungleichheit zu ungunsten des Positiven verzerrt und vergrößert. Ihm drängen sich die Ansatzpunkte zu einer immer schärfer (und oft auch immer ungerechter) werdenden Kritik geradezu auf, während die wenigen ermutigenden Tatsachen seinen Blick täglich mehr entschwinden. Auch die britische Militärregierung sieht diese Entwicklung. Um ihr entgegenzuwirken, ist sie auf einen seltsamen Ausweg verfallen. Seit kurzen werden Aufklärungsartikel der Militärregierung, gleichlautend in zahlreichen Zeitungen, veröffentlicht. Hier dürfen wir aus der eigenen Erfahrung von zwölf Jahren, die den Engländern abgeht, warnen: Durch Methoden der uniformen Unterweisung werden in Augen deutscher Leser auch die überzeugendsten Argumente entkräftet, diese Methode verächtigt sofort den, der sie anwendet, sie führt schließlich genau zum Gegenteil des beabsichtigten Zweckes.

So verblaßt also über den unzähligen sichtbaren und fühlbaren Mängeln und Fehlern der Gegenwart die Erinnerung an die Verbrechen der Vergangenheit, die den Grund für das heutige Elend gelegt haben. Es hat keinen Zweck, vor dieser Gefahr die Argen zu verschließen. Man muß ihr entgegenarbeiten. Das kann man nur, indem man die Demokratie und ihr Ansehen unermüdlich stärkt, durch das Beispiel in Deutschland und nicht durch den Hinweis auf die vielleicht beispielhafte, aber den Deutschen unsichtbare demokratische Praxis in irgend einem unerreichbaren Land. Man muß den Trägern der deutschen Demokratie und ihren Einrichtungen Vertrauen schenken und Einfluß geben, man muß die Demokratie von den Widersprüchen zu befreien suchen, die auf ihr lasten und die sie immer stärker diskreditieren. Man muß das alles tun, wenn man nicht riskieren will, mit dem Hinweis auf die Grundsätze der Demokratie im günstigsten Fall belächelt zu werden.

## Ein Schlagwort erhitzt die Gemüter

(Zur niedersächsischen Verwaltungsreform)

Das bisher sehr zurückhaltende Niedersachsen macht plötzlich von sich reden. Es handelt sich um die Regierungsvorlage einer Verwaltungsreform, die mit dem Schlagwort "Armächtigungsgesetz" behaftet, die Gemüter kasserst erregt.

Bereits am 17. Juni hatte Ministerpräsident Kopf in seiner Regierungserklärung darauf hingewiesen, daß die Entwicklung von starken Kreisinstanzen und eine Neugliederung der Verwaltungsbezirke Voraussetzungen für die organischen Beziehungen des staatlichen Lebens zu den gegebenen wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Verhältnissen seien. Nach einem Beschluß des Kabinetts wurde im Landtag ein Gesetzesentwurf eingebracht, dessen beide wichtigste Paragraphen lauten:

- § 1: "Das Staatsministerium kann die Grenzen der Bezirke der allgemeinen Landesverwaltung ändern. Es bedarf hierzu der Zustimmung des Landesausschusses für innere Verwaltung."
- § 2: "Das Staatsministerium kann die Grenzen von Gemeinden und Landkreisen ändern. Widerspricht die Vertretung einer der beteiligten Gemeinden und Landkreise der beabsichtigten Änderung, so bedarf der Beschluß des Staatsministeriums der Zustimmung des Landtagsausschusses für innere Verwaltung, verstärkt um die in den von der Grenzänderung berührten Wahlkreise gewählten Landtagsabgeordneten."

Die Begründung dieser Vorlage ist einleuchtend und vernünftig. Niedersachsen ist eine Nachkriegsschöpfung und - wie seine eifrigsten Vorkämpfer behaupten - ein wirtschaftlich und kulturell zusammenhängender Komplex. Es ist jedoch nicht zu leugnen, daß es aus recht selbständigen Gebieten gebildet wurde, die erst zu einer Einheit, zu einem Staat werden müssen. Wenn man bedenkt, daß Niedersachsen aus der ehemaligen preussischen Provinz Hannover und aus den Ländern Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe hervorging, wird man zustimmen müssen, daß das Kabinett mit Recht der Ansicht ist, eine Neugliederung der Bezirke der allgemeinen Landesverwaltung der Landkreise und der Gemeinden sei notwendig. In seinem jetzigen Zustand ist Niedersachsen ein mehr oder minder zusammengeklebtes Staatswesen, das von seiner Vielzahl alter Bestimmungen der früheren Länder überzogen ist und dem man deshalb ein eigenes niedersächsisches Recht nur wünschen kann.

Trennt man den Lizen der Tatsachen von der Spreu der Parte, so kann man sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß die Polemik gegen das Gesetz von dem politischen Standpunkt der Höhe eines Kirchturms aus betrieben werde. Es klingt etwas übertrieben, wenn ein exponierter Vertreter Oldenburgs Klage darüber führt, solche Einrichtungen wie die Oldenburgische Landesbrandkasse oder die Öffentliche Lebensversicherungsanstalt würden verkümmern, sofern das Gesetz Rechtskraft erlangte. Daneben wurde der Verweh gemacht, die beabsichtigte Verwaltungsreform als eine Angelegenheit darzustellen, die im Interesse einer Partei durchgeführt werden sollte. Diese Behauptung ist sehr weit hergeholt, sie wird im übrigen gegenstandslos, da der Landtagsausschuß für innere Verwaltung die letzte Entscheidung zu treffen hat. Viel näher liegt die Vermutung, daß sich die jeweils betroffenen

5. August 1947

blende Beamtenschaft die Frage aus sehr persönlichen Gründen zu eigen macht hat, weil sie bei einer Zusammenlegung von Verwaltungsgebieten ihren Einfluß verlieren muß.

Die staatlichen Verwaltungsbezirke, wie z.B. Lüneburg oder Stade, die sich besonders heftig in den Meeren liegen, sind keine selbständigen Bezirkskörperschaften. Ihre räumliche Abgrenzung zueinander ist tatsächlich eine Organisationsfrage, die, nach dem Grundsatz der Gewaltentrennung, keine Angelegenheit der Exekutive wäre, wovon im Übrigen die Rechtssphäre des einzelnen Staatsbürgers nicht berührt wird. Im Gesetzentwurf heißt es daher, "es bedarf hierzu der Zustimmung des Landtagsausschusses für innere Verwaltung". Eine Absicht der Regierung, mit diesem Gesetz machtpolitische Ziele zu verfolgen, kann aus dieser klaren Formulierung kaum entnommen werden.

Was die Gemeinden und Landkreise anbetrifft, so ist hier die Situation etwas schwieriger, da es geschehen könnte, daß dieser oder jener durch eine Änderung der Grenzen plötzlich mehr Steuern als vorher zu zahlen hätte. Hier wie das Gesetz bestimmen, daß die in dem von der Grenzänderung berührten Landkreis ihre gewählten Landtagsabgeordneten ebenfalls in den Landtagsausschuss für innere Verwaltung entsenden, sofern die Vertretung der beteiligten Gemeinden der beabsichtigten Änderung widerspricht. Eine solche Regelung ist demnach nicht die geringste Veranlassung, von einem Ermächtigungsgesetz zu sprechen.

Aus dem Beispiel der kleinen Gemeinde Isernhagen bei Hannover mag man die Unsinnigkeit des heutigen Zustandes ersehen. Die Einwohner fahren mit der Strassenbahn nach Hannover, um sich zu dem 1 1/2 km entfernten Regierungssitz Lüneburg zu begeben. Oder einige Kilometer von Bremen entfernt befindet sich die Braunschweigische Exklave Thedinghausen, deren B.wohner nach Braunschweig fahren müssen, um den Landrat zu sprechen. Ebenso sind die von den als geschaffen Großgemeinden Oldenburgs bisher nur aus formalen Gründen nicht aufgelockert worden.

In dem so heftig diskutierten Entwurf des niedersächsischen Kabinetts handelt es sich in Wirklichkeit um ein Vereinfachungsgesetz, das nicht zuletzt Ersparnisse zeitigen würde und das vor allem der Notlage der wirtschaftlichen, verkehrs- und verwaltungstechnischen Bedürfnisse Rechnung tragen könnte. Lokale Sonderwünsche müssen nun mal den Interessen des ganzen Landes untergeordnet werden, wobei das Land die Entscheidung durch den parlamentarischen Ausschuss in der Hand hält. (m/B9/58/1/he)

#### Kongress der französischen Sozialisten

(Eigener Bericht) Paris, 5. August 1947

Der alljährliche Kongress der französischen Sozialisten wird am 14. August der Seidenstadt Lyon eröffnet werden. Man erwartet, daß es auf dem Kongress scharfen Auseinandersetzungen wegen der Bereitwilligkeit der französischen Regierung kommt, sich am Marshall-Plan zu beteiligen. Eine starke Oppositionsgruppe unter der Führung von Guy Mollet ist gegen die Beteiligung der Sozialisten an der Regierung, eine andere, die von André Philip geleitet wird, fürchtet eine ausgedehntere sozialistische Planung, um dem kommenden Sturm widerstehen zu können. (m/B65/58/1/he)

## De Gaulles Kriegserklärung an den Kommunismus

Von unserem Pariser Korrespondenten Alfred Frisch

Die Persönlichkeit General de Gaulles ist in Frankreich immer noch ein politischer Faktor. Er steht ziemlich abseits des politischen Lebens und greift eigentlich nur durch Reden ein, die dadurch nie ohne Bedeutung sind. Ende Juli sprach der General erneut in Rennes, und er benützte die Gelegenheit, um dem Kommunismus innerhalb und ausserhalb Frankreichs den Krieg zu erklären.

Er stellte fest, dass sein, unmittelbar nach der Befreiung Frankreichs unternommener Versuch, die Kommunisten zu einer national denkenden Regierungspartei zu machen, gescheitert sei. Die französischen Kommunisten verträten nicht die Interessen ihres eigenen Landes, sondern ausschliesslich diejenigen der Sowjetunion. General de Gaulle griff dann in scharfer Form die sowjetrussische Aussenpolitik an, der er vorwarf, zur Versklavung Europas zu führen. Seine Schlussfolgerung ist der notwendige Zusammenschluss des gesamten französischen Volkes unter seiner Führung, um das Land vor dem Kommunismus zu schützen und gleichzeitig durch die Bildung eines Festblocks die europäischen Freiheiten zu verteidigen.

Fast alle französischen Kreise - natürlich mit Ausnahme der Kommunisten - dürften der Ansicht sein, dass de Gaulle die Politik der französischen Kommunisten richtig beurteilt hat. Diese sind zur Zeit tatsächlich in aussenpolitischen Fragen vorbehaltlose Verfechter der sowjetrussischen Thesen. Man verfährt aber andererseits nicht, den General darauf hinzuweisen, dass die kommunistische Partei vorläufig noch einen Großteil der französischen Arbeiterschaft hinter sich hat und es ein sehr gefährliches Unterfangen ist, einen Streit gegen den Willen der Arbeitermassen zu regieren.

Aussenpolitisch ist die Kampfstellung des Generals noch bedenklicher. Es ist niemandem gedient, wenn der Riß, der heute durch Europa hindurchgeht, vertieft wird. Die Probleme, vor denen Europa steht, können nicht durch kämpferische Reden gelöst werden. Trotz aller Gegensätze und trotz berechtigter Verwerfung der östlichen Vorstellungen von Demokratie, muß immer wieder der Versuch gemacht werden, zu einer Verständigung zwischen Ost und West zu kommen. Der Antisowjetismus reaktionärer Prägung ist negativ und steril.

Die Absichten General de Gaulles sind klar: er will die Führung des französischen Volkes in einem antikommunistischen Kreuzzug übernehmen. Wird ihm das gelingen?

Antikommunismus ist ein Schlagwort, kein Programm. Das französische Volk denkt nicht nur an die etwaige Gefahr, die ihm heute von links drohen, sondern auch an jene Gefahr, die morgen von rechts seine Freiheiten erschüttern kann. Der Kampf gegen die kommunistische Partei, wie ihn sich de Gaulle vorstellt, ist auf demokratischem Wege kaum zu führen. Er bedeutet Einführung einer - anfangs vielleicht zweckbedingten - Diktatur, die, wenn man den autoritären Charakter des Generals kennt, leicht zu einer Dauerregierung werden könnte. Es ist kein Geheimnis, dass de Gaulle nicht nur gegen die Kommunisten zu Felde zieht, sondern gegen die Parteien schlechthin, dass er nicht nur den Antikommunismus predigt, sondern auch die Schaffung einer grossen Sozialpartei, die recht bald zur autoritären Einheitspartei bekannten Musters werden könnte.

Von der Innersten Rechten abgesehen, waren daher die Reaktionen der französischen Öffentlichkeit auf die Rede von Rennes zurückhaltend oder ablehnend. Man gab dem General klar zu verstehen, dass Frankreich jede Diktatur ablehnt, die kommunistische sowohl wie die antikommunistische, und daß

das Land nicht seiner autoritären Führung bedürfe, um der kommunistischen Gefahr Herr zu werden. Es war bezeichnenderweise die katholische "Republikanische Volksbewegung" und die gemässigte Rechte, die ihr Erstaunen über die völlige Misachtung der grossen politischen Parteien seitens des Generals zum Ausdruck brachten und feststellten, dass es gerade diesen Parteien zu verdanken ist, wenn heute die Kommunisten nicht mehr an der Regierung sind. Man sieht in dem Antikommunismus de Gaulles kein eigentliches politisches Ziel, sondern hauptsächlich eine Propagandawaffe, um dadurch zur Macht zu kommen. Man hat das Gefühl, dass die französische Öffentlichkeit weniger denn je von den demokratischen Absichten des Generals de Gaulle überzeugt ist.

Wie es bereits vor einigen Tagen Ministerpräsident Ramadier in einer Parlamentsrede zum Ausdruck gebracht hat, muss das französische Staatsschiff zwischen zwei Klippen durchgesteuert werden: der Kommunismus zur Linken und dem Gaullismus zur Rechten. Frankreich hat nicht die Wahl zwischen beiden; denn beide sind eine Gefahr für die Demokratie unter Ablehnung aller extremistischen und antidemokratischen Experimente. Es ist erscheinlich, dass die betont republikanischen Parteien, die augenblicklich die Regierungsmehrheit bilden, durch die Rede des Generals de Gaulle in Rennes zu einer engeren Arbeits- und Interessengemeinschaft zusammengeschweisst wurden. Unter dieser Voraussetzung sind die Erfolgsaussichten des Generals nach wie vor als gering zu bezeichnen. (b/118/48/1/he)

#### Italien im englischen Blickwinkel

(Von unserem Londoner Korrespondenten Alf Evans)

London, Ende Juli 1947

England ist am politischen Leben des neuen Italien dank seiner eigenen Mittelmeerinteressen stark interessiert. Nicht nur das Bestehen der eigentlichen Partei der Qualunquisten ("Uomo Qualunque"), sondern auch die Spaltung der parteipolitischen Linken in Kommunisten, "Autonomen" unter Saragats Führung und Sozialisten der alten sozialdemokratischen Partei Nenni werden als eine Ursache der Schwäche und als ein Faktor der Verzögerung einer wirklichen Wiedergeburt Italiens angesehen und vielfach bedauert.

Mit besonderem Interesse verfolgt man daher Nachrichten über Annäherungen zwischen den verschiedenen Parteien, die seit einiger Zeit hier eintreffen. Im Augenblick wird in politischen Kreisen Londons viel davon gesprochen, dass das "Sozialistische Europa" eine Bewegung, der sowohl Anhänger der Partei Saragats wie der Nennis angehören, nicht nur zur Fiedervereinigung dieser beiden Gruppen, sondern darüber hinaus zur Schaffung einer einheitlichen einzigen Arbeiterpartei aufruft. Im Aufruf wird gefordert, dass diese Partei sich jeglichen politischen Dogmatismus und jeder fraktionsmässigen Intoleranz enthalten müsse.

Man weiss hier zur Genüge, dass solche politischen Einstellungen leichter zu fordern als zu verwirklichen sind, und ist daher skeptisch, zumal es genügend Anzeichen dafür gibt, dass die Gegensätze zwischen der Saragats- und der Nenni-Partei sich, wenn überhaupt, nur wenig verringert haben. Gleichwohl wird es nicht als unmöglich angesehen, dass aus den stark fühlbaren Folgen der Parteispaltung sich in Italien ein besonders starker Wille zur Konzentration des parteipolitischen Lebens entwickelt. (b/113/48/1/he)

## Streichers Erbschaft bringt englischen Beamten um sein Amt

Von unserem Londoner Korrespondenten

A.E. London, Ende Juli 1947

Die antisemitische Propaganda des Nationalsozialismus hatte über Rundfunk und Presse naturgemäss auch England erreicht. Nur wenige waren von ihr angesteckt worden, und von den wenigen haben die meisten den Weg zurück zur Toleranz und zur Achtung vor dem Mitmenschen ohne Unterschied der Rasse und des Bekenntnisses gefunden.

Das mag auch der Fall jenes ehemals britischen Generals gewesen sein, der nach seiner Demobilisierung als regionaler Ernährungsbeamter in Mittel-England Anstellung fand. Aber anlässlich eines Besuches deutscher Journalisten erlebte er offenbar so etwas wie einen Rückfall. Er tat einige Aussagen, die als antisemitisch aufgefasst werden konnten.

Die Regierung verfügte eine sofortige Untersuchung. Es ergab sich dabei, dass die Aussagen nicht antisemitisch gemeint gewesen waren. Aber der Ernährungsminister John Strachey teilte gleichwohl nach Abschluss der Untersuchung dem Unterhaus mit, dass der Rücktritt des betreffenden Beamten akzeptiert werden sei. Ein regionaler Beamter der fraglichen Art, Sir John Strachey, müsse in allem was er sage und tue, den Eindruck der absoluten Objektivität und Unparteilichkeit wachen. Dieser Anforderung habe der ehemalige Brigadier nicht entsprochen und deshalb habe er aus seinem Amt scheiden müsse.

Das Unterhaus billigte die Entscheidung. Der Zwischenfall zeigt, wie sehr man in England die Unantastbarkeit der Beamtenschaft betont. Aber er beweist auch zugleich, wie energisch alle Parteien in England bestrebt sind, die antisemitische Hinterlassenschaft des Hitlerismus zu beseitigen.

### Rückzug auf Moskau

Die Weigerung Sowjetrusslands, an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Europas mitzumachen, darf als neuer Beweis für den schon seit längerer Zeit zu beobachtenden Wandel der russischen Politik betrachtet werden, sich von jeglicher Zusammenarbeit mit dem Westen abzuwenden und zur Vorkriegspolitik strengen Isolationismus zurückzukehren. "Diese Politik", so schreibt der Londoner "Spectator", "wird zweifellos weitgehend von parteipolitischer Taktik getrieben, wird aber auch von dem alten slawischen Verdacht gegen die westliche Welt inspiriert, der in der russischen Geschichte eine grosse Rolle spielt. Gerade diese verwirrende Mischung von kommunistischen Prinzipien mit alten russischen slawischen Vorurteilen macht es so schwierig, die Zukunft der sowjetischen Aussenpolitik irgendwie vorherzusagen."

Innerhalb der Sowjetunion ist diese Rückkehr zur alten Politik schon seit geraumer Zeit vorbereitet worden. Die ganze patriotische Propaganda der Kriegsjahre wurde abgeschafft, und aller Nachdruck liegt jetzt ausschliesslich wieder auf der Behauptung, ein einsamer sozialistischer Staat kämpfe inmitten einer kapitalistischen Welt um seine Existenz. Die Bilder der Generale, die nahezu an allen Zünen zu finden waren und die die Generale so oft gemeinsam mit so wohlbekannten Mitgliedern des Politbüros wie Molotow, Beria und Mikoyan zeigten, als wären sie diesen gleichzustellen, sind in den Hintergrund gedrängt worden, und im Politbüro befindet sich, trotz der glänzenden Leistungen der Roten Armee während des Krieges, nicht ein einziger Soldat mehr. Marschall Woroschilow gehört ihm mehr als Freund als Stalin: denn als Soldat an und Bulgarin, der sowjetische Verteidigungsminister, trägt zwar einen Marschalltitel, ist aber kein Soldat. Aussenpolitisch sind Russlands Beziehungen zur Welt seit dem Potsdamer Abkommen zunehmend

5. August 1947

geplanter geworden. Die alte kommunistische Zerreiß-Taktik, die anscheinend aufgegeben wurde, als Stalin in so dramatischer Weise die Komintern als Konzession an Roosevelt auflöste, ist wieder aufgenommen worden und die massgebenden Beamten im Außenministerium, wie Litwinow, Malisky und Koznow, in engem Kontakt mit Ausländern standen oder denen es gelungen war, freundschaftliche Beziehungen zu den Mitgliedern des Diplomatischen Korps in Moskau herzustellen, sind von ihren Ämtern entfernt worden.

Am kennzeichnendsten von allem aber ist der Entschluß der Parteiführer, zum Grossangriff auf die sozialistischen Führer in Europa überzugehen. Ein Artikel in der "Pravda", der dann auch in zahlreichen Fremdsprachenübersetzungen von Moskau aus verbreitet wurde, macht ihn besonders deutlich. Die Exekutiv-Komitee der Labour Party wurde als "Zentrum einer separatistischen Aktivität, deren Ziel es ist, die Arbeiterbewegung zu zersplittern", belächelt und ihr gleichzeitig unterstellt, "auf einen offenen Kampf gegen die Partei der Arbeiter-Klasse, die kommunistische Partei "hinzusteuern". Unter den sozialistischen Führern, die besonders angegriffen wurden, befinden sich Professor Laski in Grossbritannien, Léon Blum in Frankreich, die Gewerkschafter in Belgien, Traamsel in Norwegen, die Nachfolger des verstorbenen Brüning in Dänemark, Schumacher in Deutschland und Saragat in Italien. "In einer Reihe von Ländern", hiess es in der "Pravda", "haben die rechten Flügel der Sozialdemokraten der Sache der Arbeiterklasse und der Demokratie bereits schweren Schaden zugefügt."

Dieser Artikel führt auf den alten familiären Boden zurück, das heisst jene Tage, als Stalin den rechten Flügel in der kommunistischen Partei belächelte. "Was sich jetzt tut", so folgert der "Spektator", "ist nichts anderes als die systematische Auslöschung aller Erinnerung an die Dreimächte-Zusammenarbeit während des Krieges, zuhause wie auswärts, und die Rückkehr zum kommunistischen Prinzip, das mit slawischem Verachtungsmischel ist - ohne Rücksicht auf die Konsequenzen". (r/B65/58/1)no

Verantwortlich: Peter Rauhan, Hannover